

Dass die Wirtschaftswissenschaften die neoliberalen Übergriffe der vergangenen drei Jahrzehnte tatkräftig unterstützten, ist nichts Neues. Im Bereich der Finanzmarktregulierung aber verschmelzen Politik und Wissenschaft zu einem unheilvollen Ganzen. Kaum ein Bereich der Wirtschaftspolitik ist so wenig demokratisch legitimiert wie die Regulierung des Finanzsystems. Es sind nationale und internationale Gremien von Aufsichtsbehörden, der Finanzindustrie und der Wissenschaft, die die Finanzmärkte regulieren, ebenso privatrechtliche Regulierungsinstitutionen. Ökonomen, die auf die Theorie effizienter Finanzmärkte, den wohl teuersten Irrtum in der Geschichte der Nationalökonomie, eingeschworen sind, spielen hierbei die zentrale Rolle. Im von den Eliten gesteuerten Diskurs über die Ursachen der Finanzkrise wird das Fehlverhalten der Manager in den Vordergrund gerückt, die Verantwortung des ökonomischen Mainstreams wird hingegen kaum thematisiert. Alternative Konzepte, wie etwa die Theorie der finanziellen Instabilität der Postkeynesianer, wurden stets an den Rand gedrängt oder aber in den Mainstream integriert, wie das bei der Behavioural Finance der Fall ist. Ein Paradigmenwechsel der herrschenden Ökonomie würde die Legitimität des Neoliberalismus fundamental erschüttern. Er findet auf absehbare Zeit nicht statt.